

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa. Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4508. — **Postkonto** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13893. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 4508

Inseratenpreise: Die 7gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.00 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Vorschläge für Verhandlungen in Württemberg.

Der Generalstreik in Württemberg.

Berlin, 31. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Freiheit meldet unterm 30. August aus Stuttgart: Eine Betriebsräteversammlung fasste heute folgenden Beschluss:

„Die Betriebsräteversammlung erklärt, daß es sich bei dem Streik nicht um den Steuerabzug handelt, sondern daß die Arbeiter diesen unter dem Zwang der Verhältnisse anerkennen. Die Arbeitererschaft verlangt von der Regierung nunmehr eine klare Erklärung zu den gestellten übermittelten Forderungen.“

Die Meldung der Berliner roten Fahne vom Sonntag, daß das eigentliche Objekt des Kampfes die politische Arbeitererschaft seien, ist irreführend. Die Beteiligung des gesamten Eisenbahner-Personals steht für morgen zu erwarten.

Gegenwärtig schweben Verhandlungen mit der Regierung. In der Antwort der Regierung vom 30. August heißt es, daß sie vom Standpunkt der Versammlung zum Steuerabzug Kenntnis genommen habe und weitere Sicherungen verlangen müsse. Sie verweist im übrigen auf den Weg der Verhandlungen mit den Arbeitgebern, woran sie sich auf Verlangen beteiligen will.

Damit treibt die Regierung ihr Doppelspiel weiter. Sie weiß, daß der Kampf in erster Linie um die Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter ging. Nachdem sie sich zum Anwalt der Großindustriellen gemacht hat, versucht sie jetzt, die Arbeiter der Willkür ihrer Auftraggeber auszuliefern.

In Stuttgart ruht alle Arbeit. Die Zeitungen erscheinen nicht. Der Aktionsausschuß der Betriebsräte gibt ein Mittelungsblatt heraus. Die Regierung versucht die Herausgabe eines sogenannten Einheitsblattes, das den Regierungsinteressen dienen soll. Das Verkehrs- und die Straßenbahn liegen still. Alle Betriebe sind geschlossen, die öffentlichen Gebäude durch Regierestruppen besetzt. Die Technische Nothilfe hält seit heute vorzeitig die Stromversorgung aufrecht. In den größeren Industriebezirken des Landes: Heilbronn, Tübingen, Kreuzlingen, Göppingen, Bietigheim, Badnang, kurz im ganzen Lande ist die Arbeiterschaft im Ausstand.

Wie die Regierung die Steuer der Besitzenden eintreibt, geht daraus hervor, daß die Firma Daimler der Stadtgemeinde Stuttgart 1 1/2 Millionen Mark Gemeindefsteuer schuldet. So steht die Steuer-Exekutive gegen die Besitzenden aus.

Heute nachmittag kam es zwischen Streikenden und der aufgehobenen Polizei und Reichswehrtruppen zu einem Zusammenstoß, der jedoch unblutig verlief. Anführer der Menge war ein Spigel in Matrosenuniform.

Entspannung der Lage in Oberschlesien.

Berlin, 31. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das Berliner Tageblatt meldet unterm 30. August aus Katowitz: Es ist vorläufig, außer im Kreise Rosenbergs, eine Entspannung der Lage zu verzeichnen. In dem genannten Kreise ist es seit Sonnabendnacht auffällig unruhig geworden. Ganz besonders dem energischen Eingreifen des englischen Konsulats ist es zu verdanken, daß es bisher zu größeren Ausschreitungen nicht gekommen ist. Man kann aber auf neue Ereignisse gefaßt sein. Die bewaffneten Banden sind überall zurückgezogen. Der Verkehr kann ungehindert stattfinden. Die Besatzungen sind zum größten Teil wieder eingezogen, so daß der Streit als beendet angesehen werden kann. Auch die Eisenbahnstationen sind frei von Insurgenten. Die Waffenabgabe ist allerdings nach wie vor spätlich.

In Katowitz ist gestern von Seiten der internationalen Kommission auf Veranlassung der Franzosen eine Durchsuchung der Polizeidirektion und des Savoy-Hotels vorgenommen worden.

Eine erfolgreiche Bildung von Bürgerwehren kann bisher nicht verzeichnet werden. In verschiedenen Kreisen widersehen sich die Polen. Teilweise bestehen auch weiterhin die von den Insurgenten eingerichteten polnischen Ortswehren. Besonders im Kreis Katowitz steht die Bildung von Ortswehren auf Schwierigkeiten, da sich die Deutschen aus Furcht vor Gewalttätigkeiten der Polen nicht daran beteiligen wollen, während von polnischer Seite in erster Linie die Anführer versuchen, die Wehren in ihrem Sinne zu bilden.

Die Wirkung des Streiks auf die Kohlenförderung.

Das Wolffsche Bureau erhält aus industriellen Kreisen eine Mitteilung über die durch die Wirren in Oberschlesien angerichteten Schäden, in der es heißt: Bei Ausbruch des Streiks am 19. August betrug der Hauptverband 112 000 Tonnen täglich, diese stieg am 20. August auf 25 Prozent, am 21. August auf 38

Prozent, am 23. August auf 25 Prozent, am 24. und 25. August auf 23 Prozent gesunken, und stieg vom 26. August ab wieder langsam an zu steigen. Der Ausfall vom 20. August bis 26. August beträgt rund 400 000 Tonnen. Die Wirkung dürfte in erster Linie die Eisenbahn treffen, weiterhin die Industrie, die Gas- und Elektrizitätswerke, vor allem die Zuckerindustrie, die bis Ende September zwei Drittel ihres gesamten Campaignebedarfes gedeckt haben muß.

Polnische Mordtat.

Beuthen (Oberschl.), 30. August. Laut Morgenpost ist im nahen Kosephsthal eine polnische Mordtat aufgedeckt worden. Mehrere Deutschgesinnte, die aus Maczellowitz von einer Bande weggeführt worden waren, wurden in Kosephsthal erschossen; ihre Leichen wurden verscharrt. Fünf Leichen sind bereits gefunden worden.

Angst der ostpreussischen Reaktionäre vor dem Bolschewismus.

Berlin, 31. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Freiheit meldet unterm 30. August aus Königsberg: Die Reichsregierung schafft die internierten Russen auf dem Seewege nach dem Innern des Reichs. Den Reaktionären dauert dieser Transport zu lange. Der Bund verfassungstreuer Ostpreußen (Kappanhänger) hat daher telegraphisch vom Reichswehrminister den Abtransport mit der Bahn verlangt, auch auf die Gefahr hin, daß der Personerverkehr teilweise gänzlich gesperrt wird. Begründet wird die Forderung mit der Lage, daß tausend und aber tausend dieser „unwillkommenen Gäste“ in der Provinz herumgeschwirren und überall Trostlos und Lenins Kreischen verbreiten.

Kundgebungen der italienischen Arbeiterschaft für Sowjetrußland.

Paris, 31. August. Nach einer Havas-Meldung aus Rom fanden gestern in zahlreichen Städten sozialistische Versammlungen statt, die die sofortige Anerkennung der Moskauer Regierung verlangten. In Florenz kam es zu einem Zusammenstoß, wobei ein Polizeibeamter und zwei Zivilisten getötet und sieben Zivilisten verwundet wurden.

Wiederaufnahme der englisch-russischen Wirtschaftsverhandlungen?

London, 30. August. (L.-U.) In hiesigen unterrichteten Kreisen verlautet, daß die wirtschaftlichen Verhandlungen, mit der russischen Delegation bald wieder aufgenommen werden. Von einer Abreise der Delegierten ist zur Zeit nicht mehr die Rede. Wie verlautet, steht Krasin wieder im Begriff, mit den britischen Firmen Handelsvereinbarungen zu treffen. Diese Bemühungen werden von einem Teil der britischen Geschäftswelt unterstützt, vor allem deswegen, weil der britische Außenhandel in der letzten Zeit zurückgegangen ist und man auf dem russischen Markt einen Ersatz zu finden hofft.

Wichtige Konzessionen an England in Georgien und Armenien.

Konstantinopel, 27. August. (Kuntpusch.) Eine Kommission der georgischen Regierung, hat am Sonnabend an Bord eines britischen Zerstörers Batum verlassen, um sich nach London zu begeben. Dort sollen Verhandlungen stattfinden, durch die der britischen Regierung wichtige Handelskonzessionen in Transkaukasien übertragen werden sollen. Diese Konzessionen umfassen auch die Gewinnung von Petroleum in Georgien. England hat bereits Konzessionen für den Bau einer Eisenbahn von Batum nach Georgien erhalten. Die Armenier stehen auch bereits in Unterhandlungen mit britischen Interessenten, um diesen den Bau der geplanten Eisenbahnlinie nach Taboris zu übertragen. Durch diese Linie würde ein kürzerer Weg nach Persien und Indien geschaffen.

Konflikt zwischen Regierung und kommunistischer Stadtverwaltung in Belgrad.

Nach einer Meldung aus Belgrad sollte die kommunistische Stadtverwaltung gestern die Geschäfte übernehmen und dabei den üblichen Eid leisten. Da sie vor Ablegung des Eides den kommunistischen Standpunkt zu jeder Eidesleistung darlegte, verbot der Minister des Innern, der in dieser Erklärung einen ungesetzlichen Vorbehalt sah, den Kommunisten die Übernahme der Geschäfte und ließ das Rathaus militärisch besetzen.

Moskau und die Räte-Idee.

Von P. N. K. u. M. d. R.

Durch bittere Erfahrungen belehrt, treten wir unabhängigen Sozialdemokraten für die Bildung einer internationalen sozialistischen Gemeinschaft ein, die nicht eine Resolutionschmiede, sondern eine internationale der Tat sein muß. Wir erfüllen damit die historische Aufgabe, die uns schon Karl Marx gestellt hat. Es bedarf keines Beweises, daß im proletarischen Emanzipationskampfe die Bolschewiki in Rußland eine ungeheuerliche Entschluß- und Tatkraft bewiesen haben. Mit Begeisterung und Bewunderung schauten-dieserhalb große Massen des westeuropäischen Proletariats nach dem Osten. Was Wunder, wenn auch wir unabhängige Sozialdemokraten eine Kampfgemeinschaft mit dem heldenmütigen russischen Proletariat wünschten. Bei allem Enthusiasmus für die Sache des russischen Volkes vergaßen wir jedoch für die Beurteilung russischer Kampfmethoden keineswegs die besonderen Bedingungen, die eben nur in Rußland gegeben sind. Die deutschen Kommunisten haben sich sehr bald von Kampfmethoden abwenden müssen, die eben für die deutsche Verhältnisse ungeeignet sind. Für marxistische Denker ist es daher schier unfassbar, wie so erfahrene und gebildete Sozialisten wie Lenin usw. uns zum Anschluß an die Moskauer Internationale Bedingungen auferlegen wollen, die die ökonomischen Verhältnisse Deutschlands und damit die Klassenkampfbedingungen in Deutschland völlig unberücksichtigt lassen. Aber ebenso unbegründet erscheint uns die Auffassung der russischen Genossen vom Wesen des Klassenkampfes, vom Wesen der proletarisch-sozialistischen Internationale.

Wir haben den Klassenkampf bisher immer aufzufassen als das Ergebnis der ökonomisch-gesellschaftlichen Entwicklung, als einen Kampf zwischen der ausgebeuteten und der ausbeutenden Klasse. Nach Marx bedarf es dazu der Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte. „Proletariat aller Länder vereinigt sich!“ Die Bolschewiki aber denken den Klassenkampf auf die Arbeiterklasse selbst aus. Sie fordern „hartnäckigen Kampf gegen die gelben Gewerkschaftsverbände“, worunter zweifellos die freien Gewerkschaften Deutschlands gemeint sind. (Punkt 10 der Bedingungen.) Sie präbigen den „Krieg allen gelben sozialdemokratischen Parteien“ und wollen damit auch wohl die Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands treffen (Punkt 17). Und das, wiewohl „in allen Ländern Europas und Amerikas der Klassenkampf in die Phase des Bürgerkrieges eintritt“ (Punkt 3), wiewohl wir „eine Epoche des verschärften Bürgerkrieges“ haben (Punkt 12). In einer Zeit, wo es gilt, das gesamte Proletariat national wie international zusammenzufassen, da fast eine selbst um ihr Leben ringende, proletarische, sozialistische Partei ihren Bruderparteien schärfste Forderung an, als wenn es sich um Klassengegner handelte.

Wir unabhängige Sozialdemokraten treten ein für die Überwindung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse (Hand- wie Kopfarbeiter) als Vorbedingung des Aufbaus der neuen Gemeinschaft. In diesem Kampfe bedarf es der Zusammenfassung aller am Sozialismus interessierten Kräfte, das heißt aller Nichtbesitzenden. Aber auch nach Eroberung der politischen Macht sind Widerstände zu überwinden und deshalb rechnen wir mit der Diktatur des Proletariats. In einem modernen Industriestaat kann aber die Diktatur nur eine verhältnismäßig kurze Uebergangsperiode darstellen, die nicht von einer kleinen Schicht, sondern von der Gesamtheit der Werkstätten solange ausgeübt wird, bis der Bestand der neuen „Ordnung“ gesichert ist. Die in Rußland zur Zeit über die eigene Klasse ausgeübte Diktatur ist vielleicht bedingt durch die Verhältnisse des Landes, das schon sechs Jahre lang an vielen Fronten Krieg zu führen hat. Ihre bisherige Aufrechterhaltung ist aber auch nur erklärlich und möglich bei der Massenpsychologie des russischen Volkes. Führt Rußland keinen Krieg mehr nach außen hin, so wird auch dort der Wille zum Mitbestimmen, zur Mitregierung, mit ganzer Gewalt durchbrechen. Mit der Diktatur bestimmter Parteiführer ist es dann vorbei. Eine Beherrschung der eigenen Klassengenossen kann nur gegenüber einer konterrevolutionären Schicht in Frage kommen. Karl Marx hat uns auch da Fingerzeige gegeben. „Das Lumpenproletariat, diese passive Verkörperung der unteren Schichten der alten Gesellschaft, wird durch eine proletarische Revolution stellenweise in die Bewegung hineingeschleudert, keiner ganzen Lebenslage nach wird es bereitwilliger sein, sich zu reaktionären Zwecken erkaufen zu lassen.“ Eine Moskauer Diktatur muß die Klassenbewußte deutsche Arbeiterschaft ablehnen.

In der Behandlung der Unabhängigen Sozialdemokraten zeigen die russischen Bolschewiki eine interessante Verwandtschaft mit den